



FWG-Fraktion im Rat der Stadt Sassenberg

Sassenberg-Füchtorf

Haushaltsrede 2016

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
s ehr geehrte Damen und Herren,**

Es gibt von allem, was die Demokratie benötigt, immer weniger. Weniger Parteimitglieder, weniger Wähler, weniger Konsumenten seriöser Medien. Diese sich verschärfende Krise spielt sich vor einer Kulisse einer Renationalisierung Europas ab, die durch den Flüchtlingsstrom Schub bekommen hat. Unter diesen Umständen muss man von den Politikern erwarten können, dass sie keine parteitaktischen Spielchen spielen, sondern an Lösungen arbeiten.

Politiker, die diese Aufgabe nicht auf sich nehmen wollen, könnten bald von Politikern abgelöst werden, auf deren guten Willen man nicht setzen möchte.

Wir appellieren daher an die Bundesregierung, aber auch alle anderen Entscheidungsträger - gleich welchen Ranges – sich in den kommenden Monaten hieran zu halten.

Auch die anstehenden Landtagswahlen dürfen nicht dazu führen, dass wichtige nationale Entscheidungen, die durchaus auch unpopulär sein können, vertagt werden.

In fünf Bundesländern wird in diesem Jahr gewählt. Im März schon könnte die AfD erstmals in westdeutschen Flächenländern triumphieren.

Denn schenkt man jüngsten Umfragen Glauben, gelingt es der rechtspopulistischen

Partei im Frühjahr mühelos, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen und in weitere Landesparlamente einzuziehen. Die AfD hätte damit erstmals Landtage in westdeutschen Flächenländern erobert. Die Ironie der Geschichte wäre, dass ausgerechnet die CDU, die mit allen Mitteln versucht, die AfD klein zu halten, von deren Triumphen profitieren würde.

Seit langem ist zu beobachten, dass die Politik, aber auch die Industrie, die Bürger immer wieder belügen. Dies nicht nur hier in Deutschland, sondern weltweit.

War es seinerzeit im Irak die Lüge über angebliche Massenvernichtungswaffen, so sind es heute Betrügereien zu Abgaswerten oder sonstigen Energieangaben von technischen Geräten.

Aber es ist auch die Kenntnis der Bundesregierung über anstehende Flüchtlingsströme. Wieso hat die Regierung hierzu so lange geschwiegen bzw. nicht frühzeitig die Wahrheit gesagt.

In anderen europäischen Ländern wurden schon frühzeitig Weichenstellungen vorgenommen, die das Handling in deren Verwaltungen stark vereinfachten.

Jetzt bläst Angela Merkel dafür ein heftiger Gegenwind ins Gesicht, und dies vor allem aus den eigenen Reihen. Sicherlich, den Satz „Wir schaffen das“ könnte man ihr schon um die Ohren hauen.

Aber jetzt wir sind schon so weit gekommen, dass ein Verkehrsminister die Richtlinienkompetenz der Bundeskanzlerin ignoriert.

Dass Dobrindt ein Interview zum Thema „Flüchtlinge“ gegeben hat, ist interessant. Nicht, weil sein Standpunkt originell gewesen wäre; der ist totaler CSU-Mainstream. Dobrindts Interview ist deswegen so interessant, weil Dobrindt Bundesverkehrsminister ist, also Mitglied der Bundesregierung, gegen deren Flüchtlingspolitik er öffentlich anredet. Zwar redet derzeit fast jeder gegen jeden an, aber das hier ist ein Sonderfall.

Kurz zu den Regeln, nämlich zum Grundgesetz: Das schreibt in Artikel 65 die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers fest, also dessen Zuständigkeit dafür, die Grundlinien der Regierungspolitik zu bestimmen. Wesentliche Entscheidungen in der Flüchtlingspolitik zählen dazu. Aus der Richtlinienkompetenz des Kanzlers leitet sich eine Regel ab, die in der Geschäftsordnung der Deutschen Bundesregierung steht.

Paragraph 12:

"Äußerungen eines Bundesministers, die in der Öffentlichkeit erfolgen oder für die

Öffentlichkeit bestimmt sind, müssen mit den vom Bundeskanzler gegebenen Richtlinien der Politik in Einklang stehen."

Das ist keine Schikane oder, wie Pegida brüllen würde, "unterdrückte Meinung!!!", sondern eine Notwendigkeit, damit eine Regierung funktioniert.

Wenn so ein Fall eintritt, bleibt einem Kabinettsmitglied eigentlich nur eine Möglichkeit: seinen Rücktritt anzubieten, wenn es ihm denn wirklich ernst ist mit seinem Widerspruch.

Herr Dobrindt hat bis heute Frau Merkel seinen Rücktritt nicht angeboten.

Warten wir mal ab, wie lange sich Angela Merkel noch hält.

Denn jetzt zeichnet sich immer mehr ab, dass die CSU im rechten Wasser fischt und sogar einen Koalitionsbruch in Erwägung zieht. Na, dass konnte ja auch nicht anders kommen, denn wenn ein Landesfürst in Süddeutschland einen rechtspopulistischen Politiker aus Ungarn einlädt und diesen auch noch öffentlich reden lässt, ist es mit der Zurückhaltung im Allgemeinen dann nicht mehr weit.

Dies gipfelt zuletzt in der Aussage Seehofers, die Merkel-Regierung sei eine Herrschaft des Unrechts. Wer so etwas in den Raum stellt sollte sofort seine Aktiven der Regierung, somit die Minister des CSU, abziehen.

Aber der Machterhalt rechtfertigt auch wohl diese Unterlassung.

Und so geht es weiter:

Aus Lichtgestalten wurden Zwielightgestalten (ich erinnere nur an Beckenbauer, Niersbach und Konsorten).

Funktionäre von Fußballverbänden beweisen sich viele Funktionsträger als machtversessen und korrupt, glänzen aber bei Fragen zur Aufklärung mit totaler Demenz.

Andere betreiben auf hohem Niveau Schmu bei den sportlichen Wettkämpfen und sind dann beleidigt, wenn sie nicht zu den Olympischen Spielen dürfen.

Fazit: Es ist somit alles in allem so wie immer.

Kommen wir ein nun bisschen näher in unsere Gefilde.

Der Herr Landrat fällt neuerdings sogar als Spaßmacher auf, man denkt nur mal an Aussagen wie

“...neue Bühne für Krawallmacherei gesucht.”

und

“... täglich grüßt das Murmeltier”

War sicherlich nicht lustig gemeint, zeigt letztendlich aber, dass auch im Kreistag nicht an einem Strang gezogen wird und jedwede Möglichkeit gesucht wird, andere zu diskreditieren.

Auch im Kreishaus sollte man sich klar sein, dass in diesen schwierigen Zeiten ein Miteinander im Wesentlichen von Kommunikation auf Augenhöhe und transparenten Entscheidungsprozessen abhängt.

Auch das Thema RWE-Aktienpaket bewegt uns seit langem.

Der Landrat hat mit den Fraktionen von CDU, SPD, Grüne und FDP durch finanzpolitischen Fehlentscheidungen beim Umgang mit dem RWE-Aktienpaket ganz wesentlich dazu beigetragen, dass uns ein enormer Wertverlust heute auf die Füße fällt.

Hätten man einem Teilverkauf der Aktien - gemäß dem Antrag der FWG-Kreistagsfraktion - zu Spitzenzeiten bei einem Wert von ca. 95,00 € je Aktie zugestimmt, dann wäre uns ein Verlust bis zu 83,00 €/Aktie erspart geblieben

Zurück zur Bewertung der Aktien:

Die für 2016 geplante Wertberichtigung soll als Sonderumlage ohne direkten Geldfluss durch die Kommunen gesichert werden.

Dagegen haben sich die Bürgermeister in einer Stellungnahme vehement ausgesprochen.

Ach ja, wo war eigentlich hier die CDU, die ja immer wieder unseren Bürgermeister vor jeglichem Unbill verteidigt, als Herr Gutsche, seines Zeichens Fraktionsvorsitzender der CDU im Kreistag, die Bürgermeister des Kreises mit dem Kommentar „**nichts als heiße Luft**“ düpierte.

Nun aber zum Haushalt:

Laut Haushaltsplan 2015 sollte das Jahr mit einem Fehlbetrag von über 2,8 Mio. € abschließen, nach heutiger Kenntnis schließt es jedoch mit einem Jahresüberschuss in Höhe von ca. 1,5 Mio. € ab.

Das ist für sich gesehen erst einmal sehr erfreulich.

Hierfür war aber nicht etwa ein abgestimmt konsequentes Einsparen auf der Ausgabenseite verantwortlich, nein, es ist im Wesentlichen der guten wirtschaftlichen Lage der Industrie und Gewerbetreibenden der Stadt zu verdanken.

Die Gewerbesteuererinnahmen sind bekanntermaßen von dem Ansatz 4,8 Mio. EUR auf ca. 8 Mio. EUR gestiegen.

Für das Jahr 2016 wird wieder mit einem dicken Minus von rd. 4,4 Mio. € gerechnet.

Die noch bestehende Ausgleichsrücklage wird komplett aufgebraucht.

Der darüber hinaus gehende Fehlbetrag von rd. 1,8 Mio. € führt zu einer Verringerung der allgemeinen Rücklage – sprich: geht zulasten des Eigenkapitals – und entspricht einem Abbau um 4,1 %.

Ab 5 % geht es bekanntermaßen in die Haushaltssicherung!

Es bleibt nur noch die Hoffnung, dass die tatsächlichen Zahlen besser ausfallen, als veranschlagt, so wie in den letzten Jahren.

Die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Situation gibt durchaus Anlass zur Sorge. Bis 2018 ist in keinem Jahr der Haushaltsausgleich möglich. Die Schulden werden mehr. Das Eigenkapital wird weniger.

Aber wie immer spucken uns andere in die Suppe.

Da verdoppelt die Bundesregierung die Mittel für den Sozialwohnungsbau und beschließt Steuererleichterungen für die Investoren. Diese Steuern fehlen dann aber wieder den Ländern, letztendlich dann – den Letzten beißen die Hunde - wieder den Kommunen.

Wieder einmal wird eine Entscheidung des Bundes zur Finanzklemme der Länder und Kommunen beitragen.

Aber auch das Land trägt zur Verschärfung unser Finanzprobleme bei.

Die bisherigen Zuweisungen des Landes nach dem Asylbewerberleistungsgesetz deckten in 2015 bei weitem nicht die Aufwendungen der Stadt.

Es bleibt zu befürchten, dass auch die für 2016 veranschlagte Betrag von 1,3 Mio. € nicht zu einer Deckung der hier entstehenden Kosten führt. Bei den Ungewissheiten der weiteren Zuweisung von Personen muss aber seitens der Landesregierung konsequenter Weise über eine Anhebung der Landeszuweisungen nachgedacht werden.

Betrachten wir wie immer die größten Posten auf der Ausgabenseite:

Die sogenannten Transferaufwendungen, hier insbesondere die Kreisumlage, schlagen mit rd. 13,3 Mio. € zu Buche, das entspricht über 44 % der Aufwendungen. Die bilanzielle Abschreibung beträgt 2,9 Mio. €, somit rd. 10 %.

Die Personalkosten steigen erwartungsgemäß auch dieses Jahr. Sie machen rund 24 % der Gesamtaufwendungen aus.

Diese drei Positionen machen somit 78 % der Ausgaben aus. Im Vorjahr waren es noch ca. 75 %!

Diese Zahlen zeigen, wie schwer es ist nennenswertes Einsparpotential zu finden.

Und trotzdem will man sich sogar in diesen schwierigen Zeiten Luxus können.

Hierbei geht es um die Beleuchtung eines Waldes, genauer der Weg vom Parkplatz an der Versmolder Straße zum Seegelände.

Im Haushaltsentwurf ist hierfür im Teilergebnisplan Produkt 12.01.02

„Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen“ ein Betrag in Höhe von 12.600 EUR eingestellt worden.

Glauben wir wirklich, dass da jemand im Dunkeln noch wandert. Wer wird denn, wenn er schon mit dem Auto nach Sassenberg kommt, so spät abends noch spazieren gehen? Oder aber ist dies nur eine Heimleuchtung für Zocker und Zecher.

Wenn wir schon Geld für eine zusätzliche Beleuchtung verplanen schlage wir vor, besser die Straße „Zum Knapp“ mit mehr Leuchten auszustatten, denn hier ist immer sehr viel Fußgänger- und Fahrradverkehr anzutreffen, und das zu fast jeder Tageszeit.

Aber noch ein Beispiel für unnötige bzw. kostenträchtige Anträge.

Da wird ein Zebrastrreifen an der Hesselstraße beantragt. Dies aus Gründen der Verkehrssicherheit, meines Erachtens eher ein Antrag der Antrages wegen.

Wenn man so etwas beantragt sollte man bedenken, dass es nicht bei dem

Aufbringen von weißem Markierungsmaterial bleibt. Es werden weitere Ausgaben für eine Beschilderung und natürlich auch von 2 Laternen notwendig, so dass sich dann die Kosten nicht bei 500 EUR für den eigentlichen Zebrastreifen belaufen, nein, es kommen noch weitere ca. 4.500 EUR hinzu.

Richtig überrascht waren wir, als die SPD nach gefühlten 20 Jahren endlich von der Totalsanierung des Freibades abrückte. Der nun gefundene Lösungsweg der Sanierung des Beckenkopfes ist eine pragmatische Lösung, die von allen Parteien mitgetragen wird. Ein Betrag in Höhe von 130.000,00 € ist für die Sanierung des Beckenrands vorgesehen.

Ich möchte mich hierbei bei der SPD bedanken, denn nun müssen wir uns nicht mehr mit Polemik um die besseren Argumente schlagen, sondern es herrscht ein gesunder Pragmatismus. Aber dennoch möchte ich daran erinnern, dass die FDP hier den radikalsten Vorschlag, nämlich die Schließung des Freibades, in Spiel gebracht hat. Ich glaube von diesem Ansinnen hat sich nun auch die FDP verabschiedet.

Verhindert werden konnte auch noch der Umbau des Kindergartens „Abenteuerland“. Seinerzeit hatten wir zunächst einem Kostenrahmen von 40.000 EUR zugestimmt. Mit Fortschreiten der Planung und überzogenem Anspruchsdenken wurden dann Mitte des Jahres 2015 schon 70.000 EUR veranschlagt. Ab hier haben wir unsere Zustimmung verweigert. Nachdem dann nochmals Mehrkosten (eigener Zugang zum Dachgeschoss) bekannt wurden haben auch die Letzten endlich erkannt, dass man eine Kostendeckelung nicht leichtfertig vereinbart. Ein Kostenansatz ist nunmehr in dem Haushaltsentwurf 2016 nicht mehr aufgeführt.

Zu Thema Flüchtlingssituation im Sassenberg möchte ich mich nicht großartig auslassen.

Erwähnenswert ist aber, dass wir - der Not gehorchend - auf die Vorschläge der Verwaltung zum Ankauf von Wohnhäuser ohne kontroverse Diskussion reagiert und erhebliche Mittel hierfür bereitgestellt haben.

Dies habe ich – angesichts des doch recht großen Finanzbedarfs – so auch noch nicht in meiner Karriere als Kommunalpolitiker erlebt. Das nennt man wohl Schulterchluss.

Wenn wir in den nächsten Wochen und Monaten, in der uns die sogenannte „Krise“ noch begleiten wird, weiterhin so pragmatisch vorgehen, dann habe ich gutes Gefühl.

Den Einsatz von Privatpersonen, die sich in diesem Bereich engagieren, kann man gar nicht genug würdigen. Hier wird teilweise bis zur Erschöpfung gearbeitet und geholfen, ohne hier irgendjemanden besonders hervorzuheben. Jede noch so kleine Hilfe und Zuwendung jedweder Art ist willkommen.

Das Ganze geht natürlich nicht ohne die Verwaltung. Hier möchte ich dann doch, stellvertretend für alle Mitarbeiter der Stadt, Herrn Helfers danken, der, wie man hört, zu jeder Tageszeit raus muss. Herr Helfers, geben sie diesen Dank bitte an alle Ihre Mitarbeiter weiter.

Ich hoffe, dass sich auch weiterhin viele Mitbürger finden, die hier mitmachen. Denn nur durch direkte Kontakte und Begegnungen verliert man die gegenseitige Scheu und die Integration findet ihren Weg.

Ansonsten, Herr Bürgermeister, bietet dieser Haushalt, so wie im letzten Jahr auch schon, nicht viele Möglichkeiten kontrovers zu diskutieren.

Aber eines möchte ich dann doch noch mit auf dem Weg geben.

Wir müssen uns langfristig darüber Gedanken machen, wie wir die Personalkosten in den Griff kriegen. Auch wenn vor kurzem noch Personal eingestellt wurde und die FGW dies mit einem Antrag eingefordert hat, so bleibt doch für den Zeitraum nach der sogenannten Krise und der damit einhergehenden Normalisierung des Verwaltungsgeschäfts die Notwendigkeit zur intensiven Betrachtung des Personalbestandes bestehen.

Ansonsten kommen wir langfristig über die Anhebung der Hebesätze über das Maß der fiktiven Hebesätze nicht herum.

Herr Bürgermeister, die FWG hat an einigen wenigen Positionen des Haushaltsplanes zurückhaltende Kritik geübt.

Dem vorgelegten Haushalt und auch den Wirtschaftsplänen für das Wasser- und Abwasserwerk werden wir zustimmen.

Herr Bürgermeister, liebe Ratskollegen, meine Herren der Verwaltung.

Ich möchte mich persönlich und im Namen der FWG-Fraktion bei Ihnen allen für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr bedanken.

Herr Bürgermeister, richten Sie unseren Dank bitte all Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Peter Holz